



Fachverband der Gas- und Wärmeversorgungsunternehmen
Sparte Industrie der Wirtschaftskammer Österreich
A-1010 Wien, Schuberting 14
Telefon: +43 1 513 15 88-0*
Telefax: +43 1 513 15 88-25
E-Mail: office@gaswaerme.at
Internet: www.gaswaerme.at



Energie-Control Austria
Rudolfsplatz 13a
1010 Wien

Per E-Mail an: wechsel-vo@e-control.at

Ihr Zeichen / Ihre Nachricht von

Unser Zeichen

DW

Datum

LI/DÜ

39

14.05.2014

Stellungnahme des Fachverbandes der Gas- und Wärmeversorgungsunternehmen (FGW) zum Begutachtungsentwurf der Wechselverordnung 2014

Sehr geehrte Damen und Herren!

Wir danken für die Gelegenheit, zum vorliegenden Begutachtungsentwurf der Wechselverordnung 2014 Stellung nehmen zu dürfen sowie für die im Rahmen der Begutachtung stattgefundenen konstruktiven Gespräche. Die Stellungnahme bezieht sich auf den Begutachtungsentwurf vom 15. April 2014, auch wenn in den zwischenzeitlich stattgefundenen Gesprächen einige der angeführten Änderungsvorschläge bereits diskutiert wurden und bereits ein gemeinsames Verständnis geschaffen werden konnte.

Aus Sicht der Branche sollte die Wechselverordnung 2014 als gemeinsame Chance genutzt werden, um die Rahmenbedingungen dahingehend anzupassen, einen funktionierenden Wechselprozess im Sinne aller Beteiligten (Branche, ECA, Kunden) zu gewährleisten. Die Wechselverordnung 2014 sollte sich daher auf die Optimierung der Prozesse und Anpassung von gesetzlichen Änderungen beschränken. Darüber hinausgehende Prozessänderungen erscheinen kontraproduktiv, beeinflussen das derzeit funktionierende System, das sich erst langsam eingespielt hat, und verursachen erneut Umstellungskosten bei den Unternehmen. Durch die geplanten Prozessänderungen und dadurch erforderlichen IT-Anpassungen ist mit massiven finanziellen Auswirkungen von mehreren Millionen Euro zu rechnen.

Auch die neu angeführten Datenfelder in Punkt 2.2.3, 3.2.2 und 3.3.1 des Anhangs würden bei allen Marktteilnehmern massiven Änderungsbedarf bewirken. Dieser Aufwand betrifft die Anpassung jeder Übermittlung über die Wechselplattform, als auch die Adaptierung der Stammdaten in jedem Marktteilnehmersystem. Durch den zum Teil komplexen Aufbau des Datenmodells erscheinen derart kurzfristige Änderungen in einem derart hohen Ausmaß als unrealistisch und ist zumindest der Datenbestand laut derzeit geltender Wechselverordnung beizubehalten.

Für das Inkrafttreten der Verordnung (§ 7) sind jedenfalls ausreichende Übergangsfristen vorzusehen und auf die Realisierbarkeit bei den IT-Anbietern und die Fertigstellung der technischen Spezifikation zu berücksichtigen.

Zu den einzelnen Bestimmungen des Verordnungsentwurfes:

Zu § 4 Abs 2:

In den Erläuterungen zu § 4 Abs 1 sollte klargestellt werden, dass nur Kunden ohne Lastprofilzähler gemeint sind:

„Sämtliche Willenserklärungen des Endverbrauchers ohne Lastprofilzähler (etwa Kündigung und Bevollmächtigung) gegenüber Lieferanten und Netzbetreibern müssen formfrei möglich sein.“

Zu Punkt 1.3 des Anhangs „Stornierung“

Die Kündigung des Altvertrags ist irreversibel. Die anschließende Belieferung des Kunden erfolgt ohne aufrechten Liefervertrag. Der Kunde muss rasch ein ordentliches Vertragsverhältnis herstellen bzw. kann ansonsten ein VZ-Prozess eingeleitet werden. Eine Stornierung bis zum letzten Moment ist daher nicht zweckmäßig.

Änderungsvorschlag:

Eine Stornierung über die Wechselplattform ist unter Anführung des Grundes der Stornierung grundsätzlich ~~jederzeit~~ bis einen Arbeitstag vor dem Beginn und Ende der Belieferung möglich. Beim Wechsel im eigentlichen Sinn ist die Stornierung bis spätestens zwei Arbeitstage vor dem Wechseltermin vorzunehmen.

In den Erläuterungen ist klarzustellen, dass beim WIES eine Stornierung bis spätestens zwei Arbeitstage (statt einem Arbeitstag) möglich ist. Außerdem werden Stornierung und Rückabwicklung in den Erläuterungen vermischt:

~~„Die Möglichkeit einer Stornierung des eigentlichen Wechsels bis spätestens einen Arbeitstag vor dem Wechseltermin besteht auch dann noch, wenn der Wechsel im eigentlichen Sinn bereits abgeschlossen ist.“~~ Die Möglichkeit einer Stornierung des eigentlichen Wechsels ist bis spätestens zwei Arbeitstage vor dem Wechseltermin möglich.“

Zu Punkt 2.1.1. des Anhangs „Zählpunkt- und Endverbraucheridentifikation beim Netzbetreiber“

Ist das Ergebnis der ersten Prüfung nicht eindeutig, sollen weitere Angaben (sofern vom Lieferanten übermittelt) in die Suche einbezogen werden.

Änderungsvorschlag:

„Variante 2:

Bei Überprüfung der Mindestdaten müssen jedenfalls der Nachname bzw. der Firmenname, die Straßenbezeichnung, Hausnummer sowie die Postleitzahl oder der Ort mit den beim Netzbetreiber vorliegenden Daten übereinstimmen. Ist die Prüfung aufgrund der Hausnummer nicht eindeutig wird inkl. Stiege/Stock/Tür gesucht, sofern diese Daten vom Lieferanten übermittelt wurden. Liefert eine automatisierte Suche in dieser Variante

Zu Punkt 2.2.1 des Anhangs „Einleitung des Wechsels im eigentlichen Sinn“:

Die Einleitung des Wechsels im eigentlichen Sinn soll nach dem Verordnungsentwurf durch den Lieferanten frühestens 12 Arbeitstage und spätestens 7 Arbeitstage vor dem beabsichtigten Wechseltermin beim Netzbetreiber erfolgen.

In der Praxis ist dies nicht möglich, da die Frist für die Kündigung die Einspruchsfrist überschreitet und damit kein Einspruch mehr gegen eine allfällige Kündigung zeitlich möglich ist.

Weiters haben die Fristverkürzungen Auswirkungen auf die Fristigkeit des VZ-Prozesses (Beendigung des Energieliefervertrages aus anderen Gründen), da der Lieferant den Netzbetreiber darüber bis 14 Tage vor Vertragsende zu informieren hat.

Zudem würde die Verkürzung der Prozessfristen wiederum Änderungen der Geschäftsprozesse (IT und interne Abläufe) bei Netzbetreibern und Lieferanten und damit erneute Kostenbelastungen bedeuten.

Ziel des Branchenvorschlags war die Einführung eines flexiblen „Zustellzeitraums“ von 3 - 5 Tagen ohne Einfluss auf sonstige Fristenläufe. Mit dem Vorschlag sollte gewährleistet werden, dass im Interesse der Endkunden mit einem fixen Belieferungswunsch nicht nur an genau einem bestimmten Tag alle Wechsel für einen Wechselstichtag übermittelt werden müssen. Keinesfalls war gemeint, dass die Fristen entsprechend verlängert werden.

Der unten angeführte Änderungsvorschlag sieht 10 AT für den Wechsel im eigentlichen Sinn vor mit einem Zeitfenster von 2 AT zur Flexibilisierung des Starts des Wechsels im eigentlichen Sinn in Hinblick auf eine effiziente Abwicklung bei lastintensiven Stichtagen. Durch den flexiblen Start kann der Wechsel im eigentlichen Sinn zwischen 12 und 10 AT vor dem Wechselstichtag gestartet werden.

Im Detail kann der Ablauf in der vorgeschlagenen Variante wie folgt dargestellt werden: Nach Start des Wechsels im eigentlichen Sinn hat der Netzbetreiber 72 Stunden Zeit für die Prüfung und der Lieferant Alt 48 Stunden Zeit für die Erhebung eines Einwandes. Anschließend hat der Lieferant Neu eine Frist von 72 Stunden für eine allfällige Beharrung. Weitere 24 Stunden Fristfenster entfallen auf die Wechselbestätigung. Der Abschluss des Wechsels erfolgt 24 Stunden vor dem Wechselstichtag. Maximal 48 Stunden vor dem Abschluss des Wechsels im eigentlichen Sinn ist ein Storno möglich.

§ 76 Abs 2 EIWOG und § 123 Abs 2 GWG sind hinsichtlich der Wortfolge „höchstens drei Wochen, gerechnet ab Kenntnisnahme des Versorgerwechsels durch den Netzbetreiber“ auch

in der Novelle 2013 unverändert geblieben. Es besteht daher aufgrund des klaren und damit maßgeblichen Gesetzeswortlautes – unabhängig von den divergierenden Gesetzesmaterialien - keine gesetzliche Grundlage für ein Vorziehen der dreiwöchigen Wechselfrist auf den Zeitpunkt der Endverbraucheridentifikation, zumal zu diesem früheren Zeitpunkt gerade kein „Versorgerwechsel“ vom Netzbetreiber „zur Kenntnis genommen“ wird, sondern nur eine Identifikation des Kunden durch den Netzbetreiber erfolgt. Die Identifikation des Kunden ist ein dem Wechsel optional vorgelagerter Prozess.

Daher ist Punkt 2.2.1, Absatz 1 und 2 wie folgt zu ändern:

„Der neue Lieferant ~~kann~~ hat den vom Netzbetreiber durchzuführenden Wechsel im eigentlichen Sinn frühestens 12 Arbeitstage und spätestens ~~7~~ 10 Arbeitstage vor dem beabsichtigten Wechseltermin beim Netzbetreiber einzuleiten.

~~Wird der Endverbraucher erfolgreich identifiziert und sind etwaige Bindungs- und Kündigungsfristenabfragen abgeschlossen, hat der Lieferant den Wechsel im eigentlichen Sinn unverzüglich einzuleiten. Eine spätere Einleitung des Wechsels im eigentlichen Sinn ist bei ausdrücklichem Kundenwunsch, einschließlich bestehender zivilrechtlicher Vereinbarungen, zulässig.“~~

Weiters ist die Tabelle auf Seite 6 der Erläuterungen wie folgt zu ändern:

| Ver-fahren | Verfahrensteil | Verfahrensschritt | Bearbeitung durch | Höchstfrist |
|--------------------------|-------------------------------|--|-------------------|---------------------------|
| Liefere-ran-ten-wech-sel | Vorgelagerter Datenabgleich | ZP- & Endverbraucher – identifikation | Netzbetreiber | 24h |
| | | Bindungs- und Kündigungs-fristenabfrage | Lieferant aktuell | 24h |
| | Wechsel im ei-gentlichen Sinn | Prüfung durch den Netzbetreiber | Netzbetreiber | 72h 96h |
| | | Übermittlung der Wechselin-formation | Netzbetreiber | |
| | | Erhebung eines Einwandes aus zivilrechtlichen Gründen | Lieferant aktuell | 48h |
| | | Prüfung auf Beharrung des Wechseltermins | Lieferant neu | 72h 24h |
| | | Abschluss des eigentlichen Wechsels | Netzbetreiber | 24h |
| An- | Anlage ist in Betrieb | Automatisierte Identifikation der Endverbraucheranlage | Netzbetreiber | 24h |
| | | Manuelle Identifikation der Endverbraucheranlage | Netzbetreiber | 72h |
| | | Durchführung der Neuanmeldung | Netzbetreiber | 96h |

| | | | | |
|-------------------------|-------------------------|--|--------------------------|---|
| mel- dung | Anlage außer Betrieb | Automatisierte Identifikation der Endverbraucheranlage | Netzbetreiber | 24h |
| | | Manuelle Identifikation der Endverbraucheranlage | Netzbetreiber | 72h |
| | | Durchführung der Neuanmeldung | Netzbetreiber | 96h 48h |
| | | Inbetriebnahme der Anlage | Netzbetreiber | Strom: 2AT bzw. 3AT bzw. 8AT Gas: § 5 Abs 4 und 5 Gasnetzdienstleistungs- qualitätsVO |
| Ab- mel- dung | | Beendigung aus anderen Gründen Beendigung durch Auszug | Netzbetreiber | 120h |
| | | Beendigung aus anderen Gründen | Netzbetreiber | 120h |

Die hier angegebenen Fristen sind an den weiteren relevanten Passagen der Verordnung bzw. des Anhangs und der Erläuterungen gleichzuziehen.

Zu Punkt 2.2.2 des Anhangs „Prüfung durch den Netzbetreiber“

Da es sich bereits um einen Ausnahmefall handelt, wenn eine automatisierte Prüfung kein eindeutiges Ergebnis liefert, sollte die Wortfolge „im Ausnahmefall“ gestrichen werden.

Zu Punkt 2.2.3. des Anhangs „Übermittlung der Wechselinformation“

Bei den zu übermittelten Daten sollte im Strom- und im Gasbereich das „Jahr der nächsten Abrechnung“ wie in der Wechselverordnung 2012 beibehalten werden.

Im Gasbereich wird nunmehr bei der Übermittlung von Verbrauchswerten gemeinsam mit der Wechselinformation zwischen LPZ- Kunden (gemessenes Lastprofil der letzten 24 Monate) und SLP-Kunden (Vorjahresverbrauchswert der letzten vollständigen Abrechnungsperiode) unterschieden.

Allerdings sollte zur Klarstellung und Gleichklang mit dem Strombereich bei Kunden ohne SLP auch im Gasbereich auf das gemessene Lastprofil anstelle des „Vorjahresverbrauchswertes“ abgestellt werden:

„Bei Endverbrauchern mit intelligenten Messgeräten oder Lastprofilzählern ~~Verbrauchswerte~~
das gemessene Lastprofil der letzten 24 vollen Kalendermonate vor dem Wechseltermin“

Weiters sollten (in Punkt 2.2.3 sowie bei der Anmeldung) aus Sicht der Netzbetreiber und Mehrheit der Versorger die Daten „Beginn und Ende der letzten Abrechnungsperiode vor dem Lieferantenwechsel“ gestrichen werden, da ohnehin auf Grund der qualifizierten Hochrechnung des Netzbetreibers ein Jahresverbrauchswert vorliegen muss (siehe Erläuterungen und Änderungsvorschlag unten). Dieses neu angeführte Datenfeld würde zudem einen erheblichen Änderungsaufwand bewirken.

In der Wechselinformation des Netzbetreibers an den neuen Versorger sollte (für den Gasbereich) auch die Zuordnung zum Bilanzierungsregime berücksichtigt werden (stunden- oder tagesbilanziert).

Zur besseren Übersichtlichkeit sollen die Informationen im Strom- und Gasbereich einheitlich dargestellt werden sowie die Datenbestand der derzeit geltenden Wechselverordnung beibehalten werden:

~~„Im Strombereich hat d~~Der Netzbetreiber *hat* dem neuen Lieferanten gemeinsam mit der Übermittlung der Wechselinformation *insbesondere* folgende Daten zu übermitteln:

- o Bei Endverbrauchern mit Standardlastprofil Vorjahresverbrauchswert *der letzten Abrechnungsperiode* unter Angabe des letzten Abrechnungszeitraumes (sofern vorhanden) bezogen auf 365 Tage (gegebenenfalls qualifizierte Hochrechnung) (Strom, Gas)
- o Bei Endverbrauchern ohne Standardlastprofil das gemessene Lastprofil der letzten 12 Monate für Sparte Strom /24 Monate für Sparte Gas (sofern vorhanden)
- o Standardlastprofil gemäß Kapitel 6 der Sonstigen Marktregeln für Sparte Strom/ gemäß Lastprofilverordnung idgF für die Sparte Gas
- o Netzebene Netznutzung (Strom, Gas)
- o Netzebene Netzverluste (Strom)
- o Monat der Ablesung (Strom, Gas)
- o Monat der Abrechnung (Strom, Gas)
- o Jahr der nächsten Jahresabrechnung (Strom, Gas)
- o Höchstleistung in kWh/h gemäß Netzzugangsvertrag (Gas)
- o Prognostizierter Jahresverbrauch in kWh gemäß Netzzugangsvertrag (Gas) [Anm.: sofern erforderlich]

Allfällige Messwerte von intelligenten Messgeräten sowie von Lastprofilzählern von Endverbrauchern können auch außerhalb der Wechselplattform übermittelt werden.

~~Im Gasbereich hat der Netzbetreiber gemeinsam mit der Übermittlung [...]~~“

Zu 2.2.4. „Erhebung eines Einwands aus zivilrechtlichen Gründen“

Die Fristen müssen beim neuen Lieferanten und Netzbetreiber gleichzeitig zu laufen beginnen. Zur Vermeidung von Unstimmigkeiten bei Fristenlauf zwischen den beiden Empfängern schlagen wir daher folgende Ergänzung vor:

„Der aktuelle Lieferant hat die Information, aus welchem Grund ein Einwand erhoben wird, gleichzeitig an den neuen Lieferanten und den Netzbetreiber mittels standardisierter Meldung zu übermitteln.“

Zu 2.2.5. des Anhangs „Abschluss des Wechsels im eigentlichen Sinne“:

Die Übermittlung des Zählerstandes vom Lieferanten an den Netzbetreiber über die Wechselplattform würde wiederum einen eigenen Prozessschritt erfordern, den es derzeit nicht gibt. Zudem müsste der Netzbetreiber weitere zwei Arbeitstage (insgesamt 7 AT) zuwarten, ob ein Zählerstand übermittelt wird und kann diesen erst dann plausibilisieren. Daher wird die Streichung folgender Textpassage vorgeschlagen:

~~„Gibt der Endverbraucher den Zählerstand dem Lieferanten bekannt, hat dieser den Zählerstand innerhalb von 2 AT über die Wechselplattform dem NB zu übermitteln.“~~

Zu Punkt 3.1. des Anhangs „Identifikation der Endverbraucheranlage“:

Die manuelle Prüfung durch den Netzbetreiber soll nicht verpflichtend, sondern als Möglichkeit (optional) vorgesehen werden, da diese innerhalb der Frist aufgrund des erforderlichen Personalaufwands nicht immer gewährleistet werden kann. Bei einem automatisierten Prozessablauf sollten Netzbetreiber nicht zu einer manuellen Prüfung gezwungen werden. Weiters soll zur Klarstellung auf die beim Netzbetreiber vorhandenen Daten abgestellt werden.

Änderungsvorschlag:

„Bei nicht identifizierbaren Daten ~~hat~~ kann der Netzbetreiber zeitgleich eine standardisierter Meldung „manuelle Prüfung aufgrund nicht identifizierbarer Daten erforderlich“ ~~zu~~ übermitteln und kann anschließend zumindest einmalig unter Einbeziehung aller beim Netzbetreiber aktuell vorhandenen Daten eine manuelle Suchabfrage innerhalb von 72 Stunden ~~vorzunehmen~~. Sind nach dieser manuellen Überprüfung die Daten weiterhin nicht identifizierbar, hat dies der Netzbetreiber unverzüglich dem neuen Lieferanten mit standardisierter Meldung „nicht identifizierbare Daten nach manueller Prüfung“ automatisiert mitzuteilen.“

Zu Punkt 3.2.1 „Fehlende Anmeldung vor der tatsächlichen Netznutzung“:

Um den wirtschaftlichen Nachteil des jeweiligen Lieferanten entsprechend des angewendeten Bilanzierungsverfahrens möglichst gering zu halten, sollte die bisherige Frist von 5 AT nicht auf 15 AT für die Bekanntgabe eines Lieferanten erhöht werden. Schließlich liegt hier ein Versäumnis des Endverbrauchers vor, der ohne Vertragsverhältnis Energie bezieht, und bereits die bisher gültigen 5 AT sind ein Entgegenkommen (mit den vorgeschlagenen 7 AT ab Versenden des Belieferungswunsches in Punkte 3.2.3, ergibt sich eine Maximalfrist von 12 AT von Beginn Antreffen des Kunden bis zur möglichen Abschaltung). Vorgeschlagen wird daher die Frist auf 2 bis 5 Arbeitstage zu begrenzen.

Zu Punkt 3.2.2 des Anhangs „Einleitung durch den Lieferanten“:

Kann die Zuordnung automatisiert erfolgen, ist eine Frist von 24 Stunden ausreichend; die übrigen 72 Stunden sollten daher dem Netzbetreiber für eine (optionale) manuelle Suche zur Verfügung stehen, um die Fälle nicht identifizierbarer Daten möglichst gering zu halten.

Änderungsvorschlag:

„Der Netzbetreiber hat die durch den neuen Lieferanten angegebenen Daten auf Übereinstimmung mit den ihm vorliegenden Daten auf Vollständigkeit und Verfahrensüberschneidungen zu überprüfen und den neuen Lieferanten mit standardisierter Meldung innerhalb von 24 Stunden bei automatisierter Zuordnung und weitere 72 Stunden bei optionaler manueller Identifizierung ~~96 Stunden~~ nach Einleitung der Anmeldung durch den Lieferanten zu informieren.“

Die optionale manuelle Suche ist weiters in der Tabelle auf Seite 13 als standardisierte Meldung aufzunehmen.

In jenen Fällen, in denen die Anlage in Betrieb ist, soll nunmehr die Möglichkeit zur rückwirkenden Anmeldung ermöglicht werden. Aus Gassicht muss hierbei auf das Gas-Marktmodell hingewiesen werden, das grundsätzlich keine rückwirkenden Zuordnungsänderungen zulässt.

Hinsichtlich des Netzzuganges ist eine rückwirkende Anmeldung nur bei Kunden, die nicht vom Verteilergebietsmanager ex-ante zu prüfen sind (SLP-Kunden, die sich in keiner Engpassregion befinden) möglich. LPZ-Kunden und SLP-Kunden in einer Engpassregion dürfen hingegen nur bei entsprechender Abmeldung (dh ohne Kapazitätsänderung) rückwirkend angemeldet werden, da bei diesen Kunden - insbesondere bei einer Erhöhung des Kapazitätsbedarfs - eben vor Gewährung des Netzzugangs eine ex-ante Kapazitätsprüfung durch den Verteilergebietsmanager zu erfolgen hat (vgl. etwa § 27 Abs. 1 GWG 2011 sowie die AB VGM - Netz).

Weiters entsteht bezüglich den SLP-Prognosen das Problem, dass der VGM dem Versorger für rückwirkend angemeldete Kunden in dieser Zeit keine korrekte SLP-Prognosen zukommen lassen können, wodurch für den Versorger in diesem Zeitraum Kosten in Form von Ausgleichsenergie entstehen können. Das Risiko rückwirkender Anmeldungen kann nicht vom Netzbetreiber, sondern muss von den Versorgern getragen werden.

Änderungsvorschlag (für Strom und Gasbereich):

„Liegt der zwischen dem Endverbraucher und dem Lieferanten vereinbarte Liefertermin vor der Einleitung der Neuanmeldung, so hat der Lieferant den Netzbetreiber darüber im Wege der Wechselpattform in Kenntnis zu setzen und das entsprechende Risiko zu tragen.“

Im Gasbereich ist weiters folgende Ergänzung aufzunehmen:

„Im Gasbereich gilt Folgendes: Seitens des Verteilergebietsmanagers ist eine rückwirkende Anmeldung für Endverbrauch mit Lastprofilzählern und für Endverbraucher mit zugeordnetem Standardlastprofil, die sich in einer Engpassregion befinden, nur dann möglich, wenn zuvor eine entsprechende Abmeldung für diesen Zählpunkt erfolgt ist.“

Zu Punkt 3.2.3 des Anhangs „Einleitung durch den Netzbetreiber“:

Wie bei Punkt 2.2.3 sollten zur besseren Übersichtlichkeit die Informationen im Strom- und Gasbereich einheitlich dargestellt werden sowie der Datenbestand der derzeit geltenden Wechselverordnung beibehalten werden.

Im letzten Absatz sind die vorgesehenen 15 AT für die Bestätigung des neuen Lieferanten (insbesondere im Gasbereich) jedenfalls zu lang. Es wird daher eine Frist von maximal 7 AT vorgeschlagen, um dem neuen Lieferanten ausreichend Zeit für die erforderlichen Schritte zu geben. Da das Anmeldeverfahren ohnehin die Bestätigung ist, ist keine neue Prozesserweiterung für den Belieferungswunsch erforderlich.

Änderungsvorschlag:

„Sowohl für den **Strom-** als auch **Gasbereich** hat der neue Lieferant dem Netzbetreiber innerhalb von ~~15-7~~ 7 Arbeitstagen nach Einlangen dieser Informationen die Belieferung mit ~~standardisierter Meldung dem Verfahren der Anmeldung~~ „Belieferung erfolgt“ zu bestätigen und den Endverbraucher darüber zu informieren. Langt keine Bestätigung durch den Lieferanten im Wege der Wechselpattform innerhalb dieser Frist ein, ist das Verfahren der Anmeldung durch den Netzbetreiber abzubrechen. ~~Der Netzbetreiber hat den Endverbraucher unverzüglich in geeigneter Weise unverzüglich über die Nichteinleitung zu informieren.~~“

Zu Punkt 3.3.1 des Anhangs „Einleitung durch den Lieferanten“

Im Sinn der Vereinheitlichung der Prozesse und Fristen sollte sowohl im Strom- als auch im Gasbereich die Frist für die Datenübermittlung des Netzbetreibers an den neuen Lieferanten wie bei Anlagen in Betrieb generell 96 (statt 48) Stunden betragen. Weiters sollten zur besseren Übersichtlichkeit für Kombinationsnetzbetreiber die Informationen im Strom- und Gasbereich einheitlich dargestellt werden.

„Im ~~Strombereich~~ **[Im Gasbereich]** gilt Folgendes: Bei Übereinstimmung, Vollständigkeit der Daten und Nichtvorliegen von Verfahrensüberschneidungen, die eine Anmeldung verhindern, hat der Netzbetreiber dem neuen Lieferanten innerhalb von ~~48~~ 96 Stunden nach Einleitung der Anmeldung zu übermitteln: ...“

Zu Punkt 3.3.4 und 3.4 des Anhangs „Netzzugangsprüfung im Gasbereich“:

Punkt 3.3.4 und 3.4 des Anhangs sind entsprechend anzupassen, da gemäß GWG 2011 vor der Gewährung des Netzzugangs durch den Verteilernetzbetreiber eine positive Prüfung und Rückmeldung des Verteilergebietsmanagers (VGM) erforderlich ist.

Wie oben zu Punkt 3.2.2 ausgeführt, betrifft dies LPZ-Kunden und SLP-Kunden in einer Engpassregion. Daher kann in Punkt 3.3.4 nicht generell für SLP-Kunden eine Frist von nur 48 Stunden vorgesehen werden. Wie oben zu Punkt 3.3.1 ausgeführt, sollte aber ohnehin auch bei Anlagen außer Betrieb eine Maximalfrist von 96 Stunden vorgesehen werden.

Des Weiteren ist gemäß Punkt 4.2.1 der geltenden AB VGM-Netz vor der Genehmigung von Netzzugangsansträgen leistungsgemessener Endverbraucher die Zustimmung des VGM einzuholen. Ergeht innerhalb der vorgesehenen Frist nach Übermittlung des Netzzugangsansatzes keine Nachricht des VGM an den Verteilernetzbetreiber ist der entsprechende Prozess vom Verteilernetzbetreiber abubrechen.

Diese Vorgaben sind in der Wechselverordnung (Punkt 3.4) sowie in der Prozessgestaltung in der technischen Dokumentation zur Wechselverordnung zu berücksichtigen.

Die anteilige Prüffrist des VGM wird in den AB VGM-Netz festgelegt werden. Einhergehend mit der Verlängerung der Neuanmeldungsfrist von 48 auf 96 Stunden soll die Frist für die Netzzugangsprüfung (insb für leistungsgemessener Endverbraucher sowie SLP-Kunden in Engpassregionen) durch den VGM auf 80 Stunden erweitert werden. Dies insbesondere vor dem Hintergrund, dass § 18 Abs 1 Z 18 GWG 2011 den VGM berechtigt, die Weiterleitung der Beantwortung von Netzzugangsbegehren an den Verteilernetzbetreiber binnen einer Frist von fünf Tagen (entspricht 120 Stunden) vorzunehmen.

Im Ergebnis schlagen wir daher folgende Änderungen in Punkt 3.3.4 und 3.4. vor:

„3.3.4 Netzzugangsprüfung im Gasbereich für Anlagen außer Betrieb

Im Gasbereich gilt für die Rückmeldung für Anlagen außer Betrieb aufgrund einer Netzzugangsprüfung gem § 28 Abs 3 Z 9 GWG 2011 eine Frist von höchstens 96 Stunden für bereits hergestellte Netzanschlüsse. ~~Für Endverbraucher mit Standardlastprofil gilt bei außer Betrieb stehenden Anlagen für die Netzzugangsprüfung eine Frist von höchstens 48 Stunden.~~

Sollte der letzte Satz nicht gestrichen werden, ist zumindest folgende Anpassung erforderlich:

„Für Endverbraucher mit Standardlastprofil, ausgenommen in zwischen dem Verteilergebietsmanager und dem betroffenen Netzbetreiber abgestimmten Engpassregionen, gilt bei außer Betrieb stehenden Anlagen für die Netzzugangsprüfung eine Frist von höchstens 48 Stunden.“

„3.4 Netzzugangsprüfung im Gasbereich für Anlagen in und außer Betrieb

Mit Einleitung der Anmeldung wird *im Gasbereich* sowohl für Anlagen in Betrieb als auch außer Betrieb auch die Prüfung des Netzzugangs durch den Netzbetreiber gestartet. Der Netzbetreiber hat die Netzzugangsprüfung mit dem Verteilergebietsmanager abzustimmen. Für leistungsgemessene Endverbraucher und Endverbraucher mit Standardlastprofilen in

zwischen dem Verteilergewerksmanager und dem betroffenen Netzbetreiber vereinbarten Engpassregionen ist das Prüfungsergebnis als negativ zu qualifizieren, wenn die Zustimmung des Verteilergewerksmanagers nicht fristgerecht beim Verteilernetzbetreiber eintrifft. Fällt die Prüfung des Netzzugangs negativ aus, ist die Anmeldung abzuberechnen und eine entsprechende standardisierte Meldung an alle Beteiligten zu senden. Nach Beseitigung der Gründe für die Ablehnung gem § 33 Abs. 1 GWG 2011 kann die Anmeldung neu gestartet werden.“

Zu Punkt 4.3 „Beendigung des Energieliefervertrages“

Aufgrund der Kündigungsfrist von 14 Tagen ist für die Meldung des aktuellen Lieferanten eine entsprechend kürzere Frist (und nicht 14 Tage) vorzusehen.

Zu Punkt 4.4. des Anhangs „Beendigung des Energieliefervertrags“

Da es bei Abmeldung keinen neuen Lieferanten gibt, ist folgender Satz zu streichen:

~~„Wird der Zählpunkt identifiziert, kann der Netzbetreiber gleichzeitig mit dieser standardisierten Meldung auch bei Bedarf weitere Daten an den neuen Lieferanten übermitteln.“~~

Wir danken für die Möglichkeit zur Stellungnahme, bitten um Berücksichtigung unser Anliegen und Änderungsvorschläge und stehen für Rückfragen gerne zur Verfügung. Wir gehen davon aus, dass über diese Stellungnahme hinausgehende, mündlich in den Gesprächen zum Begutachtungswurf erläuterte Anpassungsvorschläge ebenfalls in der Wechselverordnung Berücksichtigung finden.

Freundliche Grüße



Mag. Michael Mock
Geschäftsführer



Mag. Michael Lichnovsky
Referent Bereich Erdgas